

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1870

23.1.1870 (No. 20)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 23. Januar.

N. 20.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1870.

Telegramme.

† **Wien, 22. Jan.** Abgeordnetenhaus. In der Fortsetzung der Beratung über den Adreßentwurf erklärte Graf Beust, für den Adreßentwurf zu stimmen, weil derselbe ein Wort der Versöhnung enthalte, und verwahrt sich dabei gegen den Vorwurf, sich gesetzwidrig in die innern Angelegenheiten gemischt zu haben. Er habe immer der Versöhnung zugeneigt, jedoch niemals gesetzwidrige Mittel gebraucht und immer an der Verfassung festgehalten.

† **Paris, 21. Jan. Abends.** In der heutigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers erklärte der Minister, daß das Verlangen, die Hinrichtungen künftig innerhalb der Gefängnismauern zu vollziehen, ernstlich in Erwägung gezogen werden solle. — Das Befinden des Abg. Raspail hat sich gebessert. — Der bekannte russische Gräfin A. Herzen ist gestorben. — Aus Kreuzot wird gemeldet, daß die Arbeiten wahrscheinlich morgen wieder aufgenommen werden.

† **Kreuzot, 21. Jan.** Ein großer Theil der Arbeiter hat die Arbeit wieder aufgenommen. Hr. Schneider beruft eine allgemeine Versammlung und kündigt den Beginn der Arbeit auf morgen in allen Werkstätten an. Die Führer des Streikes erhalten Geld von Paris. 3500 Mann Truppen sind hier angekommen.

Deutschland.

Karlsruhe, 20. Jan. Das Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 4 enthält: 1) u. 2) zwei Verordnungen Großh. Justizministeriums vom 11. und 13. d. M., die Thätigkeit der Notare bei Abwandlung der Verlassenschaften und den Ansaß von Sporteln, Stempeln und Taxen für amtsergerichtliche Verfügungen in Vollziehung des Gesetzes über die Beurkundungen des bürgerlichen Standes und über die Förmlichkeiten bei Schließung der Ehen betr. 2) u. 3) zwei Verordnungen Großh. Ministeriums des Innern vom 11. und 14. d. M., die Entziehung der Kollegienhonore an der Universität Freiburg. (Sie lautet: § 1. Die diesseitige Verordnung vom 19. Oktober 1868, die Entziehung der Kollegienhonore und deren Stundung an der Universität Freiburg betr., wird hiermit aufgehoben. § 2. Die auf Grund der Staatsministerialentscheidung vom 29. Juli 1840 erlassene Verordnung vom 10. Aug. 1840 tritt mit höchster Ermächtigung aus Großh. Staatsministerium vom 5. Jan. 1870 auch für die Universität Freiburg wieder in Wirksamkeit), und die Abänderung der Vollzugsverordnung zum Wehrgesetz betr. (Sie lautet: In Folge der späteren Einberufung der Rekruten zum Dienst bei der Fahne sieht man sich im Einverständnis mit Großh. Kriegsministerium veranlaßt, den § 66 Nr. 4 Absatz 2 der Vollzugsverordnung zum Wehrgesetz dahin abzuändern: Solche Nachstellungen können von den Truppen nur bis zum 1. Februar des auf die Aushebung folgenden Jahres verlangt werden, wenn die Rekruten im Oktober oder November zum Dienst bei der Fahne herangezogen werden. Geschieht dieses im Dezember oder Januar, so ist der Abgang bis zum ersten April, und bei einer Einstellung nach dem Monat Januar bis zum 1. Mai durch Nachstellungen zu decken. Hiernach wird die Abzahlungsnummer von dem Bezirksamt Namens der Aushebungsbehörde je nach der Einberufung der Rekruten am 1. Februar, 1. April oder 1. Mai endgültig festgestellt.)

München, 21. Jan. (Frf. B.) Die Adreßkommission der Abgeordnetenversammlung wählte Karl Barth zum Vorstand, Schüttinger zum Sekretär und Dr. Jörg zum Berichterstatter. Alle drei sind entschiedene Gegner Hohenslohe's.

München, 22. Jan. Die „Allg. Ztg.“ veröffentlicht den Wortlaut des Protestes deutscher und österreichischer Bischöfe gegen die Geschäftsordnung des Konzils.

Darmstadt, 21. Jan. (Darmst. Ztg.) Die Scharlachkrankheit des Prinzen Ludwig nimmt einen zutartigen Verlauf. Prinzessin Viktoria ist seit dem 20. Januar ebenfalls vom Scharlachfieber, bis jetzt in milder Form, befallen worden.

Berlin, 21. Jan. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht eine königl. Verordnung, wonach der Bundesrath des Norddeutschen Bundes auf 27. Januar einberufen wird.

Berlin, 21. Jan. Nach den nunmehr getroffenen näheren Bestimmungen wird Se. Kaiserl. Hoh. der Erzherzog Karl Ludwig von Oesterreich am Sonntag den 23. Jan. Abends 8 1/2 Uhr mittelst Extrazuges auf dem Anhaltischen Bahnhofe hier ankommen und im königl. Schlosse Wohnung nehmen. Die zum Ehrendienst bei dem erlauchtesten Gast befohlenen Offiziere, der Generalleutnant Graf v. d. Goltz und der Flügeladjutant Major v. Alten, begeben sich an die Landesgrenze, um Se. Kaiserl. Hohheit dort zu empfangen und nach Berlin zu geleiten.

Bekanntlich war durch einen Beschluß des Norddeutschen Bundesrathes der Bundeskanzler ermächtigt worden, mit der Großh. Badischen Regierung über den Abschluß eines Vertrages wegen gegenseitiger Gewährung der Rechtshilfe in Unterhandlung zu treten. Die Verhandlungen sind hier in Berlin geführt worden. Als Bevollmächtigte fungirten

bei denselben: von Bundesseite der Geh. Legationsrath König und der Geh. Ob.-Justizrath v. Schelling; von Seiten Badens der Großh. Gesandte Baron v. Lürchheim. Am 14. d. M. haben die beiderseitigen Bevollmächtigten ihre Vereinbarungen zum Abschluß gebracht und den Vertrag unterzeichnet. Die Ratifikation desselben soll bald möglichst erfolgen. Sein Inkrafttreten ist auf den 1. Mai d. J. festgesetzt. Außerdem enthalten die beiderseitigen Abmachungen noch die Bestimmung, daß mit dem Beginn der Geltung des neuen Vertrages alle zwischen dem Großherzogthum Baden und einzelnen Staaten des Norddeutschen Bundes bestehende Verträge über die Gewährung von Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen insoweit außer Kraft treten, als sie sich auf Gegenstände beziehen, welche durch den jetzigen Vertrag geregelt werden.

Zur Prüfung des Gesetzentwurfs über den Unterstützungs-Wohnsitz wurde vom Norddeutschen Bundesrathe ein besonderer Ausschuss eingesetzt. Der Ausschuss hat nunmehr nicht bloß über diese Vorlage, sondern auch über den ihm gleichfalls zugewiesenen Gesetzentwurf, betreffend die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und der Staatsangehörigkeit, Bericht erstattet. Letzteren Entwurf empfiehlt derselbe in theilweise amendirter Fassung zur Annahme. Dabei ist das in § 1 ausgesprochene Prinzip festgehalten: „Die Bundesangehörigkeit wird durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate erworben und erlischt mit deren Verlust.“ Der Ausschuss beantragt aber zu dieser Grundbestimmung noch folgenden Zusatz: „Angehörige des Großherzogthums Hessen besitzen die Bundesangehörigkeit nur dann, wenn sie in dem zum Bunde gehörenden Theile des Großherzogthums heimathsberechtigt sind.“ Auch die im Entwurf aufgestellten Bedingungen, von welchen in jedem Bundesstaate der Erwerb wie der Verlust der Staatsangehörigkeit abhängig sein soll, werden vom Ausschusse im Wesentlichen aufrecht erhalten. — In Betreff des Gesetzentwurfs über den Unterstützungs-Wohnsitz beantragt der Ausschuss ebenfalls die Zustimmung des Bundesrathes, aber mit einer ganzen Reihe von Aenderungsvoorschlägen. Die Hauptprinzipien des Gesetzes werden indessen von diesen Vorschlägen nicht berührt. Nach dem Schlufantrage des Ausschusses soll dasselbe mit den empfohlenen Aenderungen am 1. Januar 1871 in Geltung kommen. Es fragt sich nun, ob der Bundesrath allen Aenderungen des Entwurfs zustimmen werde.

Auf mehrseitige Anregung aus parlamentarischen Kreisen ist die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Präsidenten ausgesetzt worden, um den verschiedenen Fraktionen Zeit zu geben, mittelst gemeinsamer Beratung von Delegationen über das Zustandekommen der neuen Kreisordnung sich möglichst noch zu einigen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 20. Jan. (N. Fr. Pr.) Während heute das Abgeordnetenhaus seine Adreßdebatte fortsetzt, verhandelt das Ministerium über seine Neubildung, die in der That von einem bis ins Einzelne durchgearbeiteten Programm begleitet sein wird. Diese Verhandlungen entziehen sich zur Zeit der öffentlichen Besprechung, zumal erst nach der Rückkehr des Kaisers die Angelegenheit in ein entscheidendes Stadium treten kann. Einige Blätter stellen es als ausgemacht dar, daß Fürst Adolph Auersperg die Präsidenschaft des Ministeriums übernimmt, was uns nicht so gewiß erscheint.

Nachschristl. Wie Fürst Karl Auersperg, hat auch sein Bruder Adolf Auersperg heute Wien verlassen, womit manifestirt ist, daß ihre Kandidatur für die Ministerpräsidentenschaft nicht mehr in Frage kommt. Im Vordergrund steht noch Haner's Kandidatur. Für sicher gilt Kaiserfeld's Eintritt ins Ministerium.

† **Wien, 20. Jan.** Dem Vernehmen nach ist die Generalisirung des österreichischen Zolltarifs, die eine Zeitlang als unmittelbar bevorstehend gelten durfte, Angesichts einer Reihe neuerer Erfahrungen von der Tagesordnung abgesetzt worden. Die Regierung wird, wo die Gelegenheit zu weiteren Abänderungen der Zollsätze an sie herantritt, den Weg der Spezialverträge auf der Grundlage der Gleichstellung mit den meistbegünstigten Nationen einzuschlagen fortfahren.

Aus Oesterreichisch-Schlesien, 19. Jan. (Sch. W.) In der Stadt Bielitz und Biala hat sich ein deutscher Verein gebildet. Nach dem Programm ist dessen Hauptaufgabe, die nach mühevoller Arbeit gewonnene und in den Dezember-Gesetzen des Jahres 1867 zum Abschlusse gelangte Grundlage des Staatslebens mit allen gesetzlichen Mitteln zu bewahren, die Interessen der Deutschen Oesterreichs nach allen Richtungen wahrzunehmen, vorkommenden Falles die Wähler im Sinne der Verfassung und des deutschen Fortschrittes zu leiten, und insbesondere gegen die Vereinigung des Kronlandes Schlesien mit der böhmischen Krone unaufhörlich zu protestiren.

Italien.

* **Rom, 20. Jan.** Von einer Anzahl Geistlichen wurde eine Petition unterzeichnet, gerichtet gegen die Maßlosigkeit der Laten, welche kirchliche Blätter redigiren.

* **Rom, 20. Jan.** Der Erzbischof von Paris hat gestern im Konzil eine Rede voller Weisheit und Mäßigung gehalten. Er wurde mit größter Aufmerksamkeit angehört. Zahlreiche Väter beglückwünschten den Redner beim Hinausgehen.

Die für die römische Ausstellung bestimmten Gegenstände werden bis zum 5. Febr. in Empfang genommen, aber nur im Ausstellungslotal selbst. Die Eröffnung dieser Ausstellung wird am 15. Febr. stattfinden.

Frankreich.

Paris, 20. Jan. (Köln. Z.) Das Beispiel der orleanistischen Opposition wirkt, und die Achtung, welche die Parteihäupter und ehemaligen Minister in so offenkundiger Weise dem neuen Cabinet bezeigen, macht Eindruck auf die Pariser. Zudem fangen die revolutionären Blätter ihrerseits an, von der immerwährenden Manifestation abzurathen. — Raspail geht es besser. — Ledru-Rollin, durch die Sorge für seine Umsiedelung in Anspruch genommen, hat hieher gemeldet, daß er erst in acht Tagen in Paris eintreffen will. — Die Gesundheit des Kaisers läßt nichts zu wünschen übrig. Derselbe läßt durch seine Organe verkündigen, daß er keinerlei Druck auf die Minister in Bezug auf die Verfolgung von Rochefort ausgeübt habe; diese hätten selber auf der Nothwendigkeit dieser Maßregel bestanden. Die Minister werden Mühe haben, die Angriffe der Protektionisten zurückzuweisen. Die Liga dieser Partei stärkt sich dadurch, daß Bonnet ihnen in die Hand gearbeitet hat. Der Rücktritt dieses Ministers ist so gut wie gewiß. — Dupaupou und Darbo wurden systematisch von allen Kommissionen in Rom ausgeschlossen; sie wurden in keine einzige gewählt, wie Hr. v. Banneville bedauernd meldet. — Der Streik im Kreuzot erregt Besorgnisse. Die dortigen Arbeiter, ungefähr 10,000, haben Alle zu arbeiten aufgehört. Da seit 1848 sich im Kreuzot nichts Aehnliches ereignete, so nimmt man an, daß die Arbeiter äußerst gereizt sein müssen. Eine Lohnerhöhung verlangen dieselben nicht. Die beiden Forderungen, welche sie aufstellten und die Herr Schneider Sohn in Abwesenheit seines Vaters zurückwies, sind folgende: 1) Alle Arbeiter, welche kürzlich weggeschickt wurden, weil sie ohne Ermächtigung abwesend waren, müssen in ihre Stellen wieder eingesetzt werden. 2) Hr. Renaud, Direktor der Werkstätten, muß entlassen werden. Diese Forderungen wurden Hr. Schneider Sohn von einer Deputation überreicht, und der Streik begann nach Zurückweisung derselben. Alle Arbeit wurde eingestellt, sogar die Hochöfen wurden ausgestellt. Guizot und Odilon Barrot wohnten dem letzten Empfange an, der bei dem Grafen Daru, dem Minister des Innern, stattfand. Guizot unterhielt sich bei dieser Gelegenheit über eine halbe Stunde mit Emile Ollivier, den er wegen der mühsamen, aber glorreichen, von ihm übernommenen Aufgabe, das parlamentarische System in Frankreich wieder einzuführen, beglückwünschte.

* **Paris, 21. Jan.** Wie es scheint, wird die Angelegenheit des Prinzen Beker Bonaparte sich noch ziemlich in die Länge ziehen können und zur Zeit ist es sogar noch ganz unthunlich, auch nur annäherungsweise den Schluß der Untersuchungen zu bestimmen. Täglich noch nimmt die Zahl der zu verhörenden Zeugen zu. Gestern wurden Dr. Morel, Arzt des Prinzen, die H. Gossigon und Chabrillet, Redakteure des „Figaro“, und Hr. Rogarde, Redakteur des „Pays“, verhört. Der Prinz hat Hr. Emil Leroux, Advokaten am Kaiserl. Gerichtshof von Paris, zu sich berufen lassen. Dieser ist sein ehemaliger Kollege in der konstituierenden Versammlung und in der Gesetzgeb. Versammlung gewesen. Hr. Leroux hat bereits zweimal für den Prinzen plädirt.

Wie aus Kreuzot telegraphisch gemeldet wird, waren der gestrige Abend und die Nacht vollkommen ruhig und auch heute Morgen merkte man nicht die geringste Aufregung. Zahlreiche und freiwillige Anerbietungen treffen von Seiten der Arbeiter ein, um die Agitation zu unterdrücken, um die Wiederaufnahme der Arbeiten herbeizuführen. Ein Regiment Infanterie ist angekommen. Seine Anwesenheit hieselbst wird jedem Konflikt zwischen Denen, die arbeiten wollen, und Denen, die sich weigern, vorbeugen. Es scheint gewiß zu sein, daß kein Konflikt stattfinden wird. Man hofft, daß morgen früh die Arbeit überall wieder aufgenommen werden wird.

Der „Patrie“ zufolge sollen im Personal der Präfecturen wichtige Veränderungen stattfinden. Die Vorbereitungen dazu werden eifrig betrieben, und bald wird das Resultat amtlich bekannt gemacht werden. — Hr. Rochefort erklärt, daß er morgen in der 6. Kammer des Justizpolizei-Gerichts nicht erscheinen werde. Seine Mitarbeiter, Hr. De-reure und Hr. P. Grosjean, weigern sich ebenfalls, zu erscheinen. Sie werden also in contumaciam verurtheilt werden. — Der Senator General Graf Delarue soll gefährlich erkrankt sein. Hr. Raspail geht es etwas besser. — Heute 73. 55.

Spanien.

* **Madrid, 19. Jan.** Hr. Castelar hat heute den Cortes einen Gesetzentwurf vorgelegt, der wahrscheinlich nächsten Montag zur Diskussion gelangen wird. Er lautet: In Anbetracht, daß der Wille der September-Revolution, der sich in

den Programmen aller revolutionären Juntas kundgegeben hat, die Entthronung der Bourbonen und die Proklamirung ihrer Unfähigkeit gewesen ist, je wieder die hohe Stellung als erste Beamte der Nation einzunehmen, da diese Familie mit den demokratischen Institutionen und Freiheiten, welche die Grundlage unseres öffentlichen Rechts bilden, durchaus unverträglich ist, wie es die Revolutionen von 1859 und 60 in Italien und die von 1854 und 1868 in Spanien beweisen; — haben die unterzeichneten Deputirten die Ehre, den Cortes folgenden Gesetzentwurf vorzulegen: Einziger Artikel: „Die konstituierenden Cortes erklären alle Glieder der Familie Bourbon, nicht allein der älteren Linie, welche von Ludwig XIV. abstammt, sondern auch der jüngeren Linie, deren Abkömmling Philipp de Bourbon, Herzog von Orleans, ist, für unfähig, die hohe Würde zu bekleiden, welche die Verfassung von 1868 dem Staatsoberhaupt gewährt.“ — Pakt des Kongresses, 17. Januar 1870. Emilio Castelar; Estanislao Figueras; Salvalo Damato; Francisco Diaz Quimera; E. Ghaos; Pedro J. Moreno Rodriguez; J. Sanchez Ruano.

Madrid, 20. Jan. Cortes. Der Fomentminister, Hr. Chagarray, antwortete heute auf eine Interpellation, die auf aufrührerische Rufe sich bezog, die neulich bei einer Manifestation von Studenten gethan waren. Er bemerkte, er werde die Statuten der Universität nicht ändern, weil dieselben die Freiheit des Unterrichts entsprechen. Hr. Mivero, Minister des Innern, erklärte, er werde Jeden, wer er auch sei, verhaften lassen, welcher Unruhen hervorrufen würde. — Die Diskussion des Ausgabebudgets wird wieder aufgenommen. — Von heute an werden die Cortes Nachsitzungen halten.

Madrid, 20. Jan. Die Zusammenziehung der Wahlbureau's läßt annehmen, daß die monarchischen Kandidaten überall, mit Ausnahme von Badajoz, Hucoa und der Stadt Valencia, den Sieg davon tragen werden. In Oviedo ist die Wahl des Herzogs von Montpensier wahrscheinlich.

Belgien.

Brüssel, 20. Jan. Mit dem 1. Februar d. J. wird der neue Tarif für den internationalen Dienst auf den französisch-belgischen Eisenbahnen in Kraft treten. Mit demselben Tage wird der alte Tarif von 1863 für den Baarentransport zwischen Belgien, den luxemburger Stationen, Deutschland, der Schweiz und Frankreich aufhören.

Großbritannien.

London, 21. Jan. Lord Napier ist zum Oberbefehlshaber der Truppen in Indien bestimmt. Sämmtliche Minister sind in der Hauptstadt angekommen.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 22. Jan. 17. Öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Unter dem Vorsitz des Präsidenten. Geh. Rath Dr. v. Moll.

Am Ministerisch: Ministerpräsident v. Dusch. Ministerialrath Poppo.

Nach Eröffnung der Sitzung machte der Präsident einige geschäftliche Mittheilungen und zeigte verschiedene Petitionen, das Stiftungs-gesetz betr., an.

Das Sekretariat zeigte das Einkommen einer Petition aus dem Amtsbezirk Stockach, die Errichtung einer Güterexpedition betr., an.

Gegenstand der Tagesordnung ist die Verathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großherzogthums für die Jahre 1870 und 1871.

Bei Abschnitt I. Postverwaltung wird der Kommissionsantrag auf Genehmigung ohne Diskussion angenommen.

Zu II. Eisenbahnbetriebs-Verwaltung wünscht Artaria, daß auch für die dritte Klasse Wagen für Frauen und Nichtraucher eingeführt würden.

Ministerpräsident v. Dusch anerkennt das Bedürfnis dieser Einrichtung, welche von der Verwaltung werde in Erwägung gezogen werden; doch erfordern die hierfür nothwendigen Veränderungen in den Wagen Zeit.

Graf v. Verlichingen: Die Eisenbahnen bieten der Landwirtschaft wegen der Höhe der Tarife für kurze Strecken nicht hinlänglich Vortheile; so sei der Transport von Sand, Brennholz und Milch wegen des hohen Tarifs fast ganz unmöglich. Es würden daher für kleinere Strecken alle Einrichtungen viel billiger per Achse vollzogen. Auch die Differenzialtarife zeigten große Ungerechtigkeiten. Endlich sei die Versorgung der auf der Eisenbahn verunglückten Bediensteten immer noch unzulänglich. Derselbe stellt den Antrag, die Kammer möge den Wunsch zu Protokoll geben, daß die Regierung ein auf diese Frage bezügliches Gesetz vorlege.

Ministerialrath Poppo: Daß die Eisenbahnen für den kleinen Lokalverkehr nicht so segensreich wirken können, wie für den großen Verkehr, rühre daher, daß die Kosten für das Bereithalten der Wagen, Expeditions-geschäfte u. dgl. (Stationskosten) hier gerade so groß wie bei den größten Sendungen seien. Wenn aber in einem besondern Fall eine große Masse Rohmaterial transportirt werden sollte, so könne hierüber mit der Betriebsverwaltung besonders affordirt werden.

Brennholz werde übrigens bei uns, besonders im Oberland, viel per Eisenbahn verwendet, insbesondere seit die Interessenten eine Art des Transports, wobei die Tragfähigkeit der Wagen vollständig ausgenützt wird, gefunden haben. Der Sandtransport gehöre der untersten Tare an, ebenso der zudem sehr begünstigte und sehr starke Milchtransport in größere Städte. Die angeregte Frage der Differenzialfrachten sei ein Ergebnis des Konkurrenzkampfes eines Komplexes von Eisenbahnen mit einem andern Komplex; dabei sei es nicht zu vermeiden, daß manche Bahnen, die einen gewissen Verkehr an sich reißen wollen, für ihren größeren Weg einen geringeren Tarif aufstellen, als andere für den direkten. Diese Differenzialfrachten benachtheiligen zwar im Tarife die Zwischenstationen, allein eine einzelne Bahn könne gegen diese Nachtheile keine wirksamen Maßregeln ergreifen; gerade unsere Bahn bedürfte auch der Differenzialfrachten,

insbesondere sei Mannheim durch dieselben als Handelsplatz sehr günstig gestellt worden.

Ministerpräsident v. Dusch hebt hervor, daß dem Wunsche, möglichst billige Tarife anzustellen, die Rentabilität der Eisenbahnen und der Kredit des Staats gegenüber stehe. Differenzialfrachten als Ergebnis der Konkurrenz gleichen die Preise für den Weltverkehr sehr günstig aus und es werde wohl dazu kommen, daß ihr Preisanzug auch den dazwischenliegenden Stationen zukomme, dies könne aber nur durch Vereinbarung der verschiedenen Eisenbahnen unter einander geschehen.

Was endlich die Versorgung der verunglückten Eisenbahn-Bediensteten betreffe, so versichert Redner, daß von der Bahnverwaltung mehr geschehe, als wozu sie gesetzlich verpflichtet sei. Die gesetzgeberische Regelung dieser Angelegenheit sei für das norddeutsche Reich ein dringendes Bedürfnis, während bei uns nach französischem Recht die Eisenbahn-Verwaltung bereits als Geschäftsherr für die Beschädigung ihrer Angestellten ohne Nachweis einer Schuld der Verwaltung hafte und bei dem Beweise dem billigen Ermessen des Richters Spielraum gegeben sei.

Geh. Rath Dr. Bluntschli: Die Eisenbahn-Verwaltung müsse nach kaufmännischen Grundsätzen, nicht bürokratisch geführt werden. Insbesondere glaube er, daß die Klagen über hohe Tarife bei Rohstoff-Transporten für kleine Strecken begründet seien; ein Fuhrmann habe ja für solche Strecken auch einen größeren Aufwand an „Stationskosten“. Die Eisenbahn müsse, besonders wenn sie die Schreibung beim Auf- und Ab-laden verringere, immer noch wohlfeiler als Fuhrleute transportieren können. Bei der Frage der Differenzialtarife müsse jedenfalls eine längere Linie endlich im Kampf mit einer längeren durch Billigkeit der Tarife im Siege bleiben. Die Entschädigung der verunglückten Angestellten der Eisenbahn sei einer neuen Regelung bedürftig, das Verhältnis dieser Leute sei dem Militärdienst bezüglich der Gefahr zu vergleichen. Wie die Invaliden, müßten auch diese Verunglückten vom Staat versorgt werden, ohne zu fragen, ob sie bloß provisorisch angestellt seien und ob sie mit einem größeren Maß von Vorsicht dem Unfall hätten entgehen können. Redner unterstützt den Wunsch des Grafen v. Verlichingen.

Ministerpräsident v. Dusch: Für die Bediensteten sei bereits ein Unterstützungsfonds im Budget vorgesehen und unter diesen selbst durch Unterstützungskassen gejogt. Die gesetzliche Regelung einer Unterstützungspflicht der verunglückten Angestellten bestehe bereits.

Denntig schließt sich im Ganzen den Wünschen des Grafen v. Verlichingen an.

Nachdem Ministerialrath Poppo nochmals erwiedert und darauf hingewiesen hatte, daß den Bediensteten der Eisenbahnen dieselben Rechte wie den andern niedern Dienern nach dem Gesetze von 1835 zustehen, präzisiert

Graf v. Verlichingen seinen Antrag dahin, das Haus möge den Wunsch zu Protokoll geben, daß die Großherzogliche Regierung eine Gesetzesvorlage in der Richtung machen soll, daß 1) diejenigen Eisenbahn-Bediensteten, welche im Dienste verunglücken, und 2) deren Kinder eine hinreichende Entschädigung erhalten.

Ministerpräsident v. Dusch macht auf den Unterschied, der zwischen Militär und diesen Bediensteten statfinde, aufmerksam, da letzterer Dienst auf dem freien Willen der sich ihm Unterziehenden beruhe. Ein derartiges Gesetz müßte auch die Verbindlichkeit sämtlicher Unternehmer, in deren Dienst die Arbeiter verunglücken, regeln, was die Regierung auch vorschläge.

Geh. Rath Dr. Herrmann: Auf eine so kurze Debatte hin könne über diese wichtige Frage ein Beschluß nicht gefaßt, sondern höchstens die Regierung gebeten werden, auf die Lösung dieser Frage ihre Aufmerksamkeit zu richten, was er hiermit beantrage.

Staatsrath Dr. Weizel schließt sich dem letztern Antrag an. Der Antrag des Grafen v. Verlichingen sei überhaupt zu eng, da er die große Klasse der in der Eigenschaft als Arbeiter Angestellten nicht umfasse.

Justizministerpräsident Obkircher schließt sich den Ansichten der letztern beiden Redner an, hält aber eine Revision des Gesetzes von 1835 mit Bezug auf die Eisenbahn-Bediensteten für nothwendig.

Febr. v. Rüdrt kann ebenfalls dem Antrag des Grafen v. Verlichingen nicht beistimmen; derselbe glaubt, daß eine allgemeine Versicherungsanstalt, zu der der Staat einen gewissen Prozentsatz der Reineinnahme und die Bediensteten einen Antheil besteuern sollten, zu errichten sei.

Ministerpräsident v. Dusch macht seine Bedenken gegen die Gründung einer besondern Versicherungsanstalt für Eisenbahn-Bedienstete geltend, es werde auf die Versicherung in andern Gesellschaften jetzt schon hingewirkt. Redner wünscht, daß auch der Antrag des Geh. Rathes Dr. Herrmann noch verallgemeinert werde.

Geh. Rath Dr. Bluntschli: Der Grundgedanke des Grafen v. Verlichingen gehe nur auf eine Besserstellung der verunglückten Eisenbahn-Bediensteten, auch der provisorisch Angestellten, und auch der bloßen Eisenbahn-Arbeiter, wenn der Antrag des Geh. Rathes Dr. Herrmann auch diese umfasse, so stimme er demselben vollkommen zu.

Geh. Rath Dr. Herrmann präzisiert seinen Antrag dahin: das hohe Haus möge den Wunsch zu Protokoll ausdrücken, daß die Großherzogliche Regierung die Revision der Grundzüge über Entschädigung und Versorgung der Eisenbahn-Bediensteten aller Kategorien, welche in ihrem Dienste verunglücken, in Erwägung ziehen möge, welchem Antrag Staatsrath Dr. Weizel, Artaria und Graf v. Verlichingen, letzterer unter Zurückziehung seines Antrags, anschließen.

Ministerpräsident v. Dusch erklärt sich mit dem Antrag einverstanden. Derselbe wird mit dem von Staatsrath Weizel vorgeschlagenen Zusatz nach „Bediensteten“; „und der bei der Eisenbahn beschäftigten Arbeiter“, einstimmig angenommen.

Se. Großherzogl. Hoheit Prinz Wilhelm von Baden wünscht zu erfahren, aus welchen Gründen bei der Eisenbahn-

strecke Stockach-Mecklich Rutschungen eingetreten, wie hoch die Wiederherstellungskosten sich belaufen und wann die Bahnstrecke eröffnet werde.

Ministerpräsident v. Dusch erklärt diese Rutschungen aus dem schlechten Terrain; eine Verschuldung des Ingenieurs liege nicht vor. Der Zeitpunkt der Eröffnung sei der 1. Februar, spätestens der 1. März d. J. Die Kosten der Wiederherstellung des Damms seien etwa 70,000 fl.

Der Antrag der Budgetkommission auf Genehmigung dieses Budgets wird hierauf angenommen.

Zu III. Bodensee-Dampfschiffahrt bemerkt Se. Großherzogl. Hoheit Prinz Wilhelm von Baden: Sobald für den hinteren Seekreis eine Eisenbahn vorgesehen sein werde, würden die Verhältnisse der Bodensee-Dampfschiffahrt sich bessern. Er fragt an, wer die vormals zur Schiffahrt berechtigten gewesen seien, ob ein Trajektschiff gebaut werden soll, und ob die lästige Visitation der von einem deutschen Ufer nach dem andern gehenden Schiffe, die insbesondere von Seite Bayerns statfinde, nicht beseitigt werden könne.

Ministerialrath Poppo gibt über das Vorhandensein der Schiffahrtsrechte am Bodensee Aufschlüsse und erklärt, daß die Regierung zuwarten könne, bis von den betreffenden Gemeinden selbst, auch in eigener Interesse, darauf verzichtet werden. Ein Trajektschiff werde zur Trajektführung der Eisenbahnwagen erbaut werden. Abhilfe der bedauerlichen lästigen Visitationen, welche daher kämen, daß der Bodensee als Vereins-Ausland betrachtet werde, könne nur durch die betreffenden Zollverwaltungen geschaffen werden.

Hierauf wird der Antrag der Kommission auf Genehmigung des Budgets, III. der Bodensee-Dampfschiffahrts-Verwaltung, IV. der unansehnlichen Betriebsfonds der Post-, Eisenbahnbetriebs- und Dampfschiffahrts-Verwaltung, V. über den Antheil Badens an dem Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn und über den Antheil Badens an dem Ertrag des Main-Neckar-Staats-Telegraphen in den Jahren 1866 und 1867 angenommen.

Der Präsident macht hierauf einige geschäftliche Mittheilungen, insbesondere über die demnächst zu beratenden Vorlagen, und schließt die Sitzung.

Karlsruhe, 22. Jan. 15. Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Am Ministerisch: der Präsident des Finanzministeriums Ellstätter, Ministerialrath W. Eisenlohr.

Das Sekretariat zeigt den Eingang verschiedener Petitionen an. Der Präsident des Finanzministeriums bringt eine Vorlage wegen Weitererhebung der Steuern für den Monat Februar.

Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen des Präsidenten wird zum ersten Gegenstand der Tagesordnung: Verathung des Berichts des Abg. Kirsner über den Gesetzentwurf, die Ermächtigung der Eisenbahn-Schuldentilgungskasse zur Aufnahme weiterer Anleihen betr., übergegangen. [Das Gesetz und dessen Motivirung ist bereits in Nr. 15 unseres Blattes mitgetheilt.]

Abg. Kufel erklärt sich gegen neue Staatsbauten und will, daß man sich auf die bereits begonnenen oder beschlossenen Eisenbahnbauten beschränke. Auch soll eine etwaige Prämienanleihe nicht ausgeschlossen sein.

Abg. Kirsner bezweifelt die Günstigkeit einer Prämienanleihe und spricht gegen die Beschränkung des Vorredners vom Gesichtspunkte solcher Bezirke, denen es noch an Eisenbahnen fehlt.

Abg. Friderich verbreitet sich in längerer, auch mit Zahlen belegter Ausführung über den guten Stand des Eisenbahnbetriebs, wie über die ersichtliche Besserung aller gewerblichen Verhältnisse des Landes, unter welchen, wenn man nun zu Anleihen schreiten müsse, dieselben nur zu weiterem Aufschwunge führen würden. Die jetzt günstigen Verhältnisse ließen eine Beschaffung des Anlehens zu billigen Preisen hoffen.

Abg. Lenz äußert sich im Sinne von Kufel.

Abg. Gerwig stellt eine genaue Darstellung der Eisenbahnbau-Kommission über das Technische der Bauten in Aussicht. Heute aber handle es sich nur um das Anleihen. Irig sei die Ansicht, als pressire es mit demselben. Der einzige Grund, mit dem Gegenstande nicht zu warten, liege in der Ermöglichung, die günstigen Konjunkturen des Geldmarktes zu benützen.

Nachdem noch die Abgg. Tritscheller, Kufel und der Berichterstatter Kirsner gesprochen, ergreift

Abg. Baumstark das Wort. Er hält es für verkehrt, Anleihen für Bedürfnisse zu bewilligen, die noch nicht budgetmäßig festgestellt seien. Selbstverständlich werde er gegen das Gesetz stimmen.

Abg. Friderich verweist wegen des Umstandes, warum die Kommission jetzt schon den Bericht vorgelegt, einfach auf den in diesem ausgesprochenen Grund. In Aller Interesse liege es, der Finanzverwaltung Gelegenheit zu geben, den günstigsten Moment zu benützen. Man könnte der Kammer eher aus dem etwaigen gegentheiligen Verfahren einen Vorwurf machen.

Nach einer Erwiederung des Abg. Baumstark bemerkt Ministerialvorstand Ellstätter: Der Betrag des Anlehens könne theils aus den Eisenbahnvorlagen, theils aus der Motion dieses Gesetzes ermittelt werden. 20 Millionen ungefähr seien der notorische Betrag, für welchen die Regierung ermächtigt werden solle. Der Abg. Baumstark habe sich aber nicht aus materiellen Gründen gegen die Vorlage erklärt, sondern weil er kein Vertrauen zu dem gegenwärtigen Ministerium habe. Dies sei schon oft ausgesprochen. Sonst hätte sich Hr. Baumstark die Ueberzeugung verschaffen können, daß es nicht pressire, daß die Regierung es aber für rathsam halte, sich die Ermächtigung geben zu lassen, um der Eventualität jeglichen Vorwurfs vorzubeugen. Redner zählt hierauf die für die nächste Zeit zur Deckung vorhandenen Mittel auf und schließt mit der Bemerkung, daß schwerlich schon in der nächsten Zeit es zu einem Anlehen kommen werde, dies aber immerhin möglich sei.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Hummel und einem kurzen Wortwechsel zwischen den Abgg. Kirsner und Baumstark wird die allgemeine Diskussion geschlossen.

Bei der Spezialdiskussion beantragte zu § 1 Abg. Lindau nach den Worten: „unter Aufsicht und Leitung des Finanzministeriums“ die Einschaltung der Worte: „und des ständischen Ausschusses“.

Ministerialpräsident Ellstätter: Der landständische Ausschuss habe eine durch die Verfassung streng geregelte Kompetenz; es würde der Antrag also eine Verfassungsänderung bedingen. Auch materiell würde er sich dagegen aussprechen müssen. Es sei zudem unnütz, über Garantien zu diskutieren, unter denen Niemand sich etwas Bestimmtes denken könne.

Nach einigen Bemerkungen Kirsner's wird zu Art. 2 übergegangen, der keine Diskussion veranlaßt.

Bei Art. 3 empfiehlt Abg. v. Feder den Submissionsweg, und nur, wenn dieser nicht zum Ziele führe, die Begebung aus freier Hand. Er beantragt daher die Einschaltung des Wortes „nötigenfalls“ vor den Worten „aus der Hand“.

Abg. Kille gegen v. Feder's Ausführung. Er weist nach, daß auf dem Submissionsweg durchaus nicht bessere Preise erzielt werden müßten und daß (wie später auch Ministerialpräsident Ellstätter bestätigt) Begebung aus freier Hand mit dem Hintergrund großer Konkurrenz oft sehr geeignet sei, günstige Bedingungen zu erhalten. Daher sei nichts voraus zu bestimmen; man müsse sein Terrain kennen und geschickt opfern. Dem Präsidenten des Finanzministeriums würde es übrigens viel bequemer und auch vor geringerer Verantwortlichkeit sein, wenn der Weg vorgezeichnet wäre; allein das Interesse des Landes sei die höhere Rücksicht.

Ministerialpräsident Ellstätter bemerkt: er sei über den Modus der Begebung gar nicht so entfernt von den Ansichten des Abg. v. Feder, wie es scheinen könnte. Es handle sich hier aber nicht nur um eine Instruktion, sondern um ein Gesetz, und ein solches würde er für schlecht und verfehlt halten müssen, wenn es eine Schranke setze. Auch habe v. Feder's Vorschlag keinen Zweck und Werth, da er durch eine Schein-submission umgangen werden könne.

Die Amendements finden keine weitere Unterstützung, und wird nach einigen Bemerkungen v. Feder's, des Ministerialpräsidenten und des Richterstaters zur Abstimmung über das ganze Gesetz geschritten, wobei dasselbe mit allen gegen 4 Stimmen (Abgg. Baumstark, Biffing, Lender, Lindau) unverändert angenommen wurde.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung (Abänderung der Geschäftsordnung) kam nicht zur Berathung, da nach einer Mittheilung des Staatsministers Dr. Jolly derselbe sich heute nicht an derselben hätte betheiligen können.

Bei der hierauf die Kammer beschaffenden Frage: ob für die Vorlagen des Kriegsministeriums, Militärstraf-Gesetzbuch und Militärstraf-Gerichtsordnung eine oder zwei Kommissionen zu ernennen seien, entschied man sich für erstere und für eine Verstärkung der bereits gewählten Kommission um weitere 7 Mitglieder, wobei die Wahl auf die Abgg. Eisenlohr, Gerbel, Grimm, Huffschild, Kusel, Turban und Winter fiel.

† Karlsruhe, 22. Jan. 46. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 24. Jan., Vormittags 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts des Abg. Müller über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1870 und 1871, Tit. I—VIII. 3) Erstattung und Berathung des Berichts der Budgetkommission (Abg. Kirsner), die Forterhebung der Steuern im Monat Februar 1870 betreffend.

Vermischte Nachrichten.

Düren, 19. Jan. Ein schreckliches Unglück hat sich in der Nacht vom 16. bis 17. Januar in dem zur Bürgermeisterei Stockheim gehörenden Dörfchen Vogheim ereignet. Gegen 2 Uhr entstand in dem Hause des Hüttenarbeiters Utten Brand, welcher die Bewohner in den Betten überraschte, so daß das Ehepaar kaum halb angekleidet den Hansflur erreichen konnte. Während die Frau Nachbarshilfe herbeirief, versuchte der Mann seine im Nebenzimmer schlafenden Kinder, vier Mädchen von 21, 17, 14 und 7 Jahren und einen Knaben von 11 Jahren, zu retten, wurde aber mit den Kindern ein Opfer des furchtbaren Elements. Am anderen Tage fand man unter dem Erümmershaufen nur noch die Leiche eines Mädchens ziemlich erhalten, die fünf anderen waren zu Asche verbrannt. Die Nachbarn hatten die trostlose Frau mit Gewalt von der Unglücksstätte entfernt.

Melsungen, 19. Jan. (Hess. V.-Bl.) Das gegen den suspendirten Metropolitan Villar eingeleitete Pfändungsverfahren, wegen 40 Thaler Strafe für abgehaltene Bibelfestungen, ist vom Konfessorium vorläufig eingestellt worden. Wahrscheinlich ist dies Folge einer Eingabe Wilmar's und einer solchen sehr energisch gehaltenen diesiger Bürger.

Wien, 20. Jan. Das neue Haus der Gesellschaft der Musikfreunde ist heute Nacht von einem schweren Unglück heimgegriffen worden. Ein Brand brach in den Räumen der Garderobe aus, zerstörte diese, das Vestibule und die Treppenhäuser und beschädigte den großen Saal, so daß die prachtvollen Räume für einige Zeit gänzlich unbrauchbar geworden sind, und nicht geringe Opfer zur vollen Wiederherstellung werden erforderlich sein. Das Feuer kam nach dem gestrigen Abschiedskonzert der Frau Clara Schumann nach Mitternacht zum Ausbruch und dauerte bis 4 Uhr Morgens. Die Ursache kam nach dem Resultat der vorläufigen Untersuchung nur in Unvorsichtigkeit oder Brandstiftung gesucht werden. Im Hause selbst ist man allgemein geneigt, letzteres anzunehmen. Der Schaden wird auf 40,000 fl. berechnet. Das Gebäude, eben erst vollendet, ist eine Zierde der Stadt, und die Theilnahme an dem Unglück gibt sich in lebhaftester Weise kund.

Wie die „N. Zürich. Ztg.“ aus sicherer Quelle erfährt, bleibt Professor Semper in Zürich und sind die Berichte, daß er bleibend nach Wien übersiedeln wolle, irrig.

Er ist klug und weise. Als man Herrn Kochfort

jüngst barlegte, wie schön es wäre, wenn er an der Spitze der Leichenbegleitung Viktor Noirs Paris stürmen würde; wenn er falle, so werde das dankbare Volk ihm am Tage der Freiheit ein herrliches Denkmal setzen — antwortete er: es sei besser, Andern Denkmale zu setzen und Reden auf sie zu halten, als selbst zu fallen und ein Denkmal zu bekommen, und angenehmer, ein lebender Unterthan eines Tyrannen zu sein, als ein todtler Bürger der Republik.

Badische Chronik.

§ Pforzheim, 21. Jan. Mit Recht wird die Bedeutung der örtlichen kleinen Presse von allen Urtheilsfähigen nicht unterschätzt und es ist ja gerade auch einer der Zwecke der seit kurzem erscheinenden „Badischen Korrespondenz“, den kleineren Blättern, denen es oft an Mitteln und darum auch an Mitarbeitern mangelt, geeigneten Stoff zu liefern. Der Verleger des hiesigen „Vorbachters“ hat das Bedürfnis der auf die Lektüre kleiner Blätter beschränkten Leser früher schon erkannt und zu befriedigen gesucht, indem er nicht nur das genannte Blatt in ansehnlich vergrößertem Format erscheinen ließ, sondern auch für eine sachgemäße Besprechung der vorliegenden Tagesfragen sorgte. Dies geschieht ebensowohl in öfter erscheinenden Originalartikeln, als auch in der Mittheilung aus andern größeren Presseorganen. — Eine größere Anzahl der Waldenburger Bergleute soll auch in unserer Nähe Beschäftigung finden. Auf Verwendung des Vorstandes des hiesigen Gewervereins der Gold- und Silberarbeiter u. wird nämlich bei den Arbeiten der in Anstanz genommenen neuen Würmthal-Strasse eine Anzahl der genannten Bergleute beschäftigt werden. Das gleiche soll auch bei dem Bau der in der Nähe unserer Stadt anschließenden württembergischen Nagoldthal-Bahn bevorstehen.

Bruchsal, 19. Jan. (Kraichg.-Z.) Gestern wurde dahier im Gasthause zur Post ein frecher Diebstahl verübt. Ein Reisender entwendete nämlich 12 auf dem Büffet liegende silberne Löffel und suchte mit seiner Beute das Weite. Der sofort nachreisende Kellner erzielte denselben jedoch in Mannheim und bewirkte seine Verhaftung.

— Gerlachshausen, 20. Jan. (Zaub.) Seit den ersten Wochen nach dem Herbst war im Weinlauf große Stille eingetreten. Diese mühte aber seit einigen Tagen regen Leben weichen, denn der Wein geht nun reißend ab, was daraus zu ersehen ist, daß in wenigen Tagen 200 Dhm nach Frankfurt, Karlsruhe, Breiten u. versandt wurden, zum Preise von 14—16 fl. der Eimer zu 60 Maß.

Donauwörth, 20. Jan. In Donauwörth haben im Jahre 1865 einige wissenschaftlich hochgebildete Männer wie Friedrich Koth v. Schredenstein, Kapberg und Engelberg, einen Verein gebildet mit dem Zwecke, die Natur und die angrenzenden Landestheile in Hinsicht auf deren Geschichte und natürliche Verhältnisse zu erforschen und näher kennen zu lernen. Zwölf Jahre lang war dieser nahezu älteste wissenschaftliche Verein Deutschlands besonders auf dem naturhistorischen Gebiete thätig, da brachte der Tod oder Wegzug von Mitgliedern einen Stillstand in dessen Schaffen, der durch die Ungunst der Verhältnisse bis zum Jahr 1842 währte. Im Stillen wirkte indessen in dieser langen Zwischenzeit der eine und andere gleichgesinnte Mann, um vom Verein aus den Fäden für bessere Zeiten zu erhalten. Im Jahr 1842 fanden sich die Männer, darunter insbesondere Prof. Fiedler und Dr. Rehmann, welche ihn kräftig erfaßten und in einem Zeitraum von 6 Jahren eine aller Anerkennung werthe Thätigkeit entfalteten, die vorzugsweise auf dem Felde der Geschichte reiche Früchte trug. Leider fand diese Thätigkeit durch die Stürme der Jahre 1848 und 1849 eine abnormale Unterbrechung, welcher namentlich einige hiesige Männer, die sich am 15. Dez. v. J. in dem Entschluß einigten, die Vereinsarbeiten wieder aufzunehmen, ein Ende machten. Nach zwei weiteren vorbereitenden Sitzungen wurde die Eröffnung des neugegründeten Vereins, dessen Protectorat Sr. Durchlaucht der Fürst Karl Egon zu Fürstenberg zu übernehmen die Gnade hatte, auf den 19. Jan. d. J., d. i. denselben Tag angesetzt, an welchem vor 65 Jahren dessen erste Begründung stattgefunden hat. Die Eröffnung geschah unter zahlreicher Theilnahme von Freunden der Geschichte und Naturgeschichte im prächtigen Karlsbau hier, den die edle Fürstorgel Sr. Durchl. des Fürsten in den letzten Jahren für die naturhistorischen und einen Theil der Kunstsammlungen hatte errichten lassen. Dem Programm gemäß gab der Vorstand, Hr. Leibartz Dr. Rehmann, einen Abriss der Geschichte der früheren Vereinsperioden, worauf der Geschäftsführer der historischen Abtheilung, Hr. Hofbibliothekar Dr. Barad, einen Rückblick auf das vom früheren Verein auf diesem Gebiet bereits geleistete warf, woran er einen Ueberblick über das knüpfte, was der jetzige als seine Aufgabe, als Programm seiner Thätigkeit zu betrachten hat. Das Gleiche that für die naturhistorische Abtheilung deren Geschäftsführer, Hr. Domänenrath Hopfgartner. Die Vorträge machten den Eindruck, daß ein frischer thätiger Geist im Vereine weht, wie die erfreuliche Thatsache, daß sich innerhalb 2 Tagen gegen 60 Mitglieder demselben anschlossen, den Beweis liefert, daß dessen Wiedererweckung eine zeitgemäße war. Es ist zu hoffen, daß auch von den übrigen Orten, welche die Vereinsfähigkeit umschließt, insbesondere von Billingen, Hüfingen, Döfingen, Blumberg, Geisingen, Möhringen, Engen u. ein Anschluß und eine kräftige Mittheilung komme, daß Alle, welche ein Interesse an der Kenntnis unserer Heimath haben, die dahin abzielenden Zwecke des Vereins durch Beitritt und Beiträge unterstützen.

O vom Oberrhein, 21. Jan. Bei der gestern in Basel stattgefundenen Wahl eines zweiten akademischen Vertreters wurde Hr. Prof. Wils — der rühmlichst bekannte Anatom — zum Mitglied des Großen Rathes daselbst erwählt. — In der am 17. d. M. abgehaltenen, durch die Gelegenheit der Vorträge besonders bemerkenswerthen Sitzung dieses Kollegiums kam die Schulgebührenfrage zur Besprechung. Anlässlich einer Petition zu Gunsten der Unentgeltlichkeit des Primärunterrichts sprach sich die Kommissionsmehrheit für einfachen Uebergang zur Tagesordnung aus, indem sie von der Erwägung ausging, daß der Staat die Sorge für das Unterrichtswesen im gemeinsamen Interesse des Einzelnen und der Gesamtheit durch Errichtung öffentlicher Schulanstalten übernimmt und somit die Entrichtung eines Beitrags an deren Kosten durch die diese Anstalt Besuchenden als gerecht und billig erscheint, und die gänzliche Aufhebung des Schulgebührens dem wohlverstandenen Interesse des Schulunterrichts und der allgemeinen Bildung nicht entsprechen würde. Die Minorität dagegen beantragte Ueberweisung der Petition an den Kantonalrath oder an eine Großrathskommission. Für den letzten Antrag hatten sich insbesondere Hr. Rathsherr W. Klein und Hr. Prof. Kunkel — für den ersteren Hr. P. Merian — der vieljährige Vorstand des Erziehungsvereins in Basel — und Hr. A. Etzelin-Brunner ausgesprochen. Wenn konstatirt wird, daß Basel in pädagogischer Hinsicht die Vergleichung mit andern Kantonen und Ländern, sei es

in Bezug auf die Leistungen der Schule, sei es in Rücksicht auf die Leistungen des Staates für die Schule in keiner Beziehung zu scheuen hat, und daß dort mehr für die Schule gethan wird, als in jenen Kantonen, welche die Unentgeltlichkeit des Unterrichts eingeführt haben.

Karlsruhe, 22. Jan. (Großh. Hoftheater. Hr. Ferenczy.) Es war zu erwarten, daß einem Sänger wie Hr. Ferenczy, der das Tenoramt — das heroische wie das lyrische — an den ersten Theatern Deutschlands und Oesterreichs neben Tenoristen wie Waschl, Niemann, Walthar u. A. mit Ehren verwaltet hat, auch hier der Zoll der Anerkennung nicht fehlen werde. So war es auch und wir fügen bei, daß sein Erfolg bis jetzt ein steigender war. In der That verfügt Hr. Ferenczy über ein sehr namhaftes künstlerisches Kapital: geeignete persönliche Erscheinung, ein Organ von intensiver Kraft, ächtem Tenorklang, entsprechendem Umfang und tüchtiger Schulung, bedeutendes Darstellungstalent und eine reiche praktische Übung und Erfahrung. Allerdings sind seiner Kunst auch manche Momente eigen, die man beanstanden kann oder an die wir wenigstens hier nicht gewöhnt sind. Dahin gehört vor Allem seine Pronunciation; aber man darf nicht vergessen, daß es die in Oesterreich, der Heimath des Künstlers, allgemein übliche ist, und daß sie sich bei einiger Aufmerksamkeit un schwer beseitigen läßt. Auch gegen die Auffassung und Wiedergabe der dargestellten Charaktere wird man mancherlei vorbringen können; doch auch dies dürfte mit der Künstlerlaufbahn des geübten Sängers und speziell mit dem Geschmack des Publikums, das er früher hatte, eng zusammenhängen und sich bei längerem Verkehr mit unserm Publikum leicht mobifiziren lassen.

Hr. Ferenczy ist bis jetzt zweimal hier aufgetreten, als Masaniello in der „Stimmen von Portici“ und als Cleazar in der „Jüdin“. In der ersten Rolle haben wir ihn nicht gesehen, doch hören wir, daß er eine recht beifällige Aufnahme gefunden hat; als Cleazar hatte er einen durchgreifenden Erfolg. Wir glauben namentlich zur Ehre des Künstlers hervorheben zu müssen, daß ihm mit der Größe der Aufgabe zugleich die Kräfte zu wachsen schienen. In der That war das, was er zumal im 4. und 5. Akt bot, eine Leistung ohne Fehl und Tadel. Das Publikum erkannte dies auch an und rief ihn nach dem 4. Akt zweimal; ebenso wurde er nach dem 1. und 5. gerufen und außerdem mit Beifall ausgezeichnet. Es würde uns freuen, wenn wir Hr. Ferenczy dauernd den Anstrich nennen dürften.

Die übrige Besetzung war die übliche: Recha Frau Boni, Eudoria Fr. Erhardt, Kardinal Hr. Bruillot, Leopold Hr. Stolzenberg. Sie standen alle auf der Höhe ihrer Aufgabe; ebenso Chor und Orchester. Die ganze Vorstellung verdient jegliche Anerkennung. Gestrichelt wurde sie von Hr. Levy.

+ Karlsruhe, 20. Jan. (Strafkammer.) Die Sitzung vom 20. d. M. war von zahlreichen Zuhörern besucht und dauerte von Morgens 1/2 9 Uhr bis gegen Abend. Es kam die Anklage gegen Schneider Karl Friedrich Ringwald von Wagenstadt, z. St. Wirth dahier, und den sächlichen Karl Braun von Strombach wegen Betrugs zur Verhandlung, welche mit der Verurtheilung beider Angeklagten endete, und zwar Ringwald zu 1 Jahr 6 Monaten und Braun zu 1 Jahr Arbeitshaus; zugleich wurde die sofortige Verhaftung des Ersteren, welcher sich gegen Kaution auf freiem Fuß befand, angeordnet. Wir entnehmen aus den Entscheidungsrunden zu dem Urtheil, daß Schneider Ringwald im Ruhe steht, mit sog. kleinen Leuten Geldgeschäfte zu machen, und schon im Jahr 1867 wegen Wuchers zur Untersuchung gezogen, jedoch von der Anschuldbildung entbunden wurde. Derselbe stand schon längere Zeit mit dem ledigen Schlosser und früheren Soldat Karl Braun in Geschäftsverbindung, und hatte ihm verschiedene Gelddarlehen gegeben, wofür keine genügende Deckung vorhanden gewesen sein soll. Nach den Behauptungen der Anklage kamen Beide überein, für die Sicherstellung der Forderung des Ringwald ein anderes Opfer in der Person des früheren Fortschülers Eduard Mezler ausfindig zu machen. Dieser, ein Verwandter des Karl Braun, und Beiden als leichtsinnig bekannt, hatte durch Vermittlung des Letzteren von Ringwald verschiedene Darlehen erhalten; die Angeklagten stellten ihm vor, Braun stehe im Begriff, sich in Pforzheim bei einem Geschäft zu associiren und bedürfte hierzu 1200 fl. Mezler solle das Glück seines Veters dadurch zu begründen helfen, daß er die Bürgschaft für die 1200 fl. übernehme, welche Ringwald vorzuschreiben wolle; am 31. März 1867 wurde hierüber eine Urkunde aufgenommen und von Mezler als Selbstschuldner unterzeichnet. Er muthigt durch diesen Erfolg stellten die Angeklagten dem Eduard Mezler am 11. Juni 1867 weiter vor, daß Braun für sein Geschäft weitere 400 fl. bedürfte, und es gelang, die Verbürgung des Mezler für diese Summe auf eine im Hirschwirthshaus zu Weiertheim am genannten Tage niedergeschriebene Urkunde zu erwirken. In Wahrheit ist K. Braun weder in ein Geschäft zu Pforzheim eingetreten, noch war ein solches ernstlich beabsichtigt, auch hat er die bezüglichen Darlehen von Ringwald nicht erhalten. E. Mezler hat auf Ableben seines Vaters Vermögen zu hoffen. Ringwald hatte für den Betrag von 2340 fl., worunter die dem Mezler gegebenen Darlehen begriffen waren, Liquidantenkenntnis und Pfandbeitrag erwirkt. Braun hat sich mit Geld, welches er von Ringwald erhielt, schon im Spätjahr 1867 nach New-York begeben, von wo er im Sommer 1869 auf Anbringen der Angehörigen Mezler's den wahren Sachverhalt brieflich bekannte. Der Angeklagte Ringwald stellte sämtliche Anklagesachen in Abrede, er will dem Mitangeklagten Braun die Darlehen mit 1600 fl. hingegen geben haben und von diesem betrogen worden sein. Seine Angaben fanden jedoch, wie bemerkt, bei dem Gerichtshof keinen Glauben.

Frankfurt, 22. Jan. Nachm. Oesterr. Kreditaktien 249 3/4, Staatsbahn-Aktien 375 3/4, Silberrente 57 3/4, 1860r Loose 80 3/4, Amerikaner 91 3/4.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstation Karlsruhe.

	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Himmelm.	Witterung.
21. Jan.						
Morg. 7 Uhr	27° 11,1''	- 2,4	0,80	N.O.	kl. bed.	windig, kalt
Morg. 2 „	27° 11,1''	- 1,6	0,71	D.	„	„
Nachm. 9 „	27° 11,8''	- 1,8	0,78	„	„	„

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 23. Jan. 1. Quartal. 14. Abonnementsvorstellung. Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg, große romantische Oper in 3 Akten, von Richard Wagner. „Tannhäuser“ — Hr. Ferenczy als Gast.

Medizinisches Gutachten für Lungenleidende.
 Heiligenhaus, Kr. Elberfeld, 27. November 1869. In unserer Gegend wird Ihr Malzertract-Gelebensbier, das ich aus 20jähriger Praxis kenne, erst recht von Wirksamkeit sein, da hier viele Lungenerkrankungen und Schwachheitszustände vorkommen. **Dr. Stück**, prakt. Arzt. — S. 3 r t e r, 10. Dezember 1869. Ich habe Ihr Malzertract schon mehrmals bei meinen Patienten mit bestem Erfolge angewandt. **Dr. med. Aug. Kaiser**, prakt. Arzt. — Ihre Brustmalzbonbons wirken gegen Husten ausgezeichnet. **Dr. Reichs**, prakt. Arzt in Wolframshausen.
 Des Hoflieferanten Johann Hoff's Filiale in Köln.
 Niederlage bei Herrn W. Hirsch, Kreuzstraße Nr. 3 in Karlsruhe. R. 584.

R. 598. Bei Maifisch & Vogel in Karlsruhe sind zu haben:
Sämmtliche durch das Gesetz über die Beurkundungen des bürgerlichen Standes vorgeschriebenen Impressen. Preis per Buch (48 Stück) 24 Kreuzer.

Anhang zu C. Gruber's Rechenunterricht.
 Den Herren Lehrern, welche sich beim Rechenunterricht der Rechenstufe II des Herrn Oberschulrath C. Gruber bedienen, zeigen wir hiermit an, daß der Anhang zur 2ten und zur 4ten Stufe so eben erschienen und an die Besteller gratis versandt ist. Derselbe hat den Zweck, die Schüler in passender Weise mit dem neuen Maß- und Gewichtssystem vertraut zu machen und dadurch den Uebergang zu dem neuen System anzubahnen.
 Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß den Herren Lehrern auch für solche Schüler, welche die fraglichen Stufen bereits angefaßt und noch im Gebrauche haben, die benötigten Exemplare des Anhangs auf Verlangen gratis zu Diensten stehen.
 Karlsruhe, im Januar 1870.
G. Braun'sche Hofbuchhandlung.

Epileptische Krämpfe (Fallucht)
 heilt brieflich der Spezialarzt für Epilepsie Doctor **O. Kilsch** in Berlin, Mittelstraße 6. — Bereits über Hundert geheilt. R. 219.

R. 555.
Stadt Benediger Lire 30 Loose.
 Die nächsten 5 Ziehungen dieser Anleihe finden im Jahre 1870 statt, am:
31. Januar,
 30. April, 30. Juni, 30. September und 30. November.
 Gewinne von Lire 100.000 — 50.000 —
 2mal 25.000 — 2000 — 1500 — 1000 u. bis abwärts Lire 30 — müssen in obigen Ziehungen gewonnen werden. (Die Einlage kann nie verloren gehen, da jedes Loos früher oder später mit mindestens Lire 30 zurückverloost werden muß.)
 Pläne gratis, und Loose à 1 1/2 fl. empfohlen
Moriz Stiebel Söhne,
 Bank- und Wechsel-Geschäft in Frankfurt a. M.

R. 583. Nr. 581. Karlsruhe.
Allgemeine Versorgungs-Anstalt im Großherzogthum Baden. Sparkasse.
 Die Inhaber von Sparbüchlein werden auf Grund des § 527 der Statuten ersucht, ihre Sparbüchlein noch im Laufe dieses Monats auszuliefern, damit das Guthaben auf den Stand vom 31. Dezember 1869 berechnet und vorschriftsmäßig becheinigt werden kann.
Der Verwaltungsrath.

R. 816. Stuttgart.
Kunstausstellungen. Die Kunstvereine in Baden, Karlsruhe und Stuttgart veranstalten in den Monaten Januar bis Dezember 1870 einschließlich permanente Ausstellungen mit gegenseitigem monatlichem Austausch, und laden die verehrlichen Herren Künstler zu zahlreicher Einbringung ihrer Kunstwerke mit dem Ersuchen ein, vor Einbringung von Bildern bedeutender Größe unter Angabe ihres Umfangs gefälligst anfragen zu wollen.
 Die Einbringung kann unfrankirt mittelst gewöhnlicher Fracht, jedoch ohne irgend welche Nachnahme, bei dem dem Abender nächst gelegenen der drei Vereine erfolgen; die Rückführung geschieht gleichfalls auf Rechnung der Vereine.
 Für die Sicherheit der Kunstwerke während ihrer Ausstellung, sowie auf dem Transport zwischen den Vereinen und bei der Rückführung ist nach Möglichkeit gesorgt. Der Ausstellungstermin ist auf drei Monate bestimmt.
 Ueber die weiteren Bestimmungen für die Beschickung der Vereinsausstellungen kann bei der Expedition d. Bl. Auskunft erlangt werden.
 Stuttgart, im November 1869.
 Aus Auftrag:
 Der württembergische Kunstverein.
 Jäger, Vorstand.

R. 579. Karlsruhe.
Sattler's Kosmorama auf dem Ludwigsplatz. Die zweite Abtheilung ist nur noch kurze Zeit zu sehen. Eintritt 12 fr. Kinder 6 fr. Schulen haben auch einen ermäßigten Preis.

R. 492. Limbach bei Chemnitz.
Lehrer-Gesuch.
 Die Strumpfwirkerschule in Limbach sucht einen zweiten theoretisch gebildeten Lehrerbaldmöglichst zu engagiren für die Fächer Mathematik, Zeichnen und Mechanik.
 Ausser gründlicher theoretischer Ausbildung und guter Fertigkeit im Zeichnen ist noch eine gewisse Praxis in der Technik erwünscht.
 Offerten erbittet sich das Fachschul-Comité franco an den Unterzeichneten.
 Limbach bei Chemnitz.
Eduard Wiede.

Sommer, Zahnarzt,
 28, Alter-Fischmarkt, Straßburg.
 Künstliche Zähne und ganze Gebisse in Kautschuk oder Metall. Ausfüllen hoher Zähne mittelst eines Zahn-Cementes, der den natürlichen Zähnen täuschend ähnlich ist. — Mittel gegen Zahnweh, ohne Ausziehen.
 R. 55.

und diene hier noch zur Nachricht, daß beide Burche am 14. Novbr. v. J. nach Verübung des Diebstahls dahier sich über Todtnau nach Waldshut begeben haben sollen, woselbst der Franzose sich Kleider gefaßt und dann sich allein entfernte, indem er sämmtliches entwendete Geld bei sich gehabt habe.
 Freiburg, den 19. Januar 1870.
 Großh. bad. Amtsgericht.
 Gräff.

Verweilungsbeschlüsse.
 R. 764. Nr. 456. Konstanz. J. U. E. gegen Josef Wehrle von Engelschwand wegen Körperverletzung. Das Großh. Kreisgericht Waldshut, als Strafammerabtheilung des Großh. Kreis- und Hofgerichts Konstanz, hat unterm 21. v. Mts., Nr. 5922, nach Ansicht des § 225 Ziffer 3 St.G.B., Beilage II. Ziffer 8 St.G.B., § 247 Absatz 2, 248 Abs. 4 St.P.O. verfügt, daß, — weil es hier sich nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung um eine mit Vorbedacht verübte Körperverletzung handle, wobei der Verletzte des Gebrauchs eines Sinnenwerkzeuges (des Gehörs am linken Ohr) vollständig beraubt wurde, und weil dieses Vergehen zur Gerichtlichbarkeit des Schwurgerichts gehöre, — die Strafammer des Kreisgerichts zur Aburtheilung unzulässig sei.
 Hieron erhält der künftige Angeklagte mit dem Anfügen Nachricht, daß die Aburtheilung dieser Sache nunmehr durch das im Monat März zusammentretende Schwurgericht erfolgen wird.
 Konstanz, den 15. Januar 1870.
 Großh. Kreis- und Hofgericht, Rath- und Anklammer.
 Presinat. Schaaff.

Verwaltungsachen.
Polizeisachen.
 R. 580. Schwüringen. Am 8. d. Mts. wurde in dem Gemeindevorstande Redarau, 1/2 Stunde von diesem Orte entfernt, die schon gang in Verwahrung übergegangene Leiche eines unbekanntes Mannes gefunden, welcher, wie nach dem Befunde anzunehmen ist, vor mehreren Monaten schon durch einen Schuß sich selbst hat.
 Unter Weisung des Personalbeschreibers eruchen wir die Polizeibehörden um sofortige Mittheilung, wenn über die Persönlichkeit dieses Mannes Näheres bekannt werden sollte.
 Signalement.
 Alter, zwischen 25 und 40 Jahren.
 Kleidung und sonstige Effekten:
 Rock und Hosen von dunklem Budoch, Weste von dunklem geripptem Wollzeug, gute vergebene Stiefel von Kalbleder mit weißen blaugestreiften Gurten, schwarzer Filzhut, weißes baumwollenes Taschentuch mit rothem Rand, mit dem Zeichen X. P. M. oder N. X., Stock von Buchenholz mit birnförmigen Knöpfe und Messingzwingen, Cigarettenröhren von Nussbaumholz und solches von Meerschaum und Weichselholz mit Hornspitze, schwarzes lebernes Portemonnaie mit 13 Scheinen, 2 Groschen und 2 Kreuzern.
 Schwüringen, den 17. Januar 1870.
 Großh. bad. Bezirksamt.
 Richter.

Bürgerliche Rechtspflege.
Ladungen und Forderungen.
 R. 759. Nr. 867. Freisach. Christian Kühnle von Jbringen hat für sich und als Bevollmächtigter des Johann Jakob Kfermann von Gollmweiler gegen Georg Jacob von Jbringen wegen Forderung Klage erhoben:
 Durch Strafammerurtheil vom 9. Mai v. J. seien die beiden Kläger und der Beklagte der an Jakob Jenne, Josef's Sohn, von Oberhoffenhausen verübten Körperverletzung für schuldig erklärt und zur Tragung der Unteruchungskosten unter sammtverbindlicher Haftbarkeit verurtheilt worden, welchen Betrag mit 118 fl. 3 kr. die beiden Kläger in der Folge zu gleichen Theilen abgetragen haben.
 Sobann habe der Verletzte seine Entschädigungsforderung, im Betrag von 55 fl., und eine Kostenforderung von 6 fl. 40 kr. an Christian Kühnle geltend gemacht, zu deren Bezahlung der obgenannte Sammtschuldner durch Urtheil vom 21. August, bezw. Kostenersatzverfügung vom 1. Oktober v. J. angehalten worden sei.
 Es wird nun je 1/2 dieser für den nach Einleitung der betr. Untersuchung künftigen Beklagten beschuldeten Beträge von diesem zurückgefordert und ein Urtheil dahin beantragt:
 Beklagter habe unter Verfallung in die Kosten den beiden Klägern 39 fl. 21 kr. und dem Kläger Christian Kühnle 20 fl. 23 1/2 kr., nebst Verzugszinsen, in kurzer Frist bei Zwangsvermeidung zu zahlen.
 Nr. 867. F e s c h l u ß.
 Wieb zur mündlichen Verhandlung über die Klage Tagfahrt anberaumt auf
 Samstag den 19. Februar d. J., Morgens 8 Uhr,
 und werden hiezu beide Theile mit der Aufforderung hierher vorgeladen, sich zum Beweise ihrer Behauptungen vorzubereiten und die ihnen zu Gebot stehenden Urkunden mitzubringen, der künftige Beklagte unter Hinweisung auf vorstehenden wesentlichen Inhalt der Klage mit dem Anfügen, daß bei seinem Ausbleiben die in der Klage behaupteten Thatsachen als zugestanden angenommen, er mit seinen etwaigen Einreden ausgeschlossen, und daß unter Verurtheilung desselben in die Kosten nach dem Gesuch der Kläger, soweit dieses in Rechten begründet ist, erkannt würde.
 Zugleich wird dem Beklagten aufgegeben, bis längstens zur Tagfahrt einen Einbändigungsgewalthaber aufzustellen, widrigenfalls alle weiteren Verfügungen und Erkenntnisse mit derselben Wirkung, als ob sie ihm zugestellt wären, nur an die Gerichtstafel angeschlagen würden.
 Freisach, den 14. Januar 1870.
 Großh. bad. Amtsgericht.
 Morz.

Bermischte Bekanntmachungen.
 R. 582. Offenburg.
Fabrik-Versteigerung.
 In Folge richterlicher Verfügung werden dem Eberhard Casberg
 Dienstag den 25. Januar l. J.,
 Vormittags 9 Uhr,
 im Gasthaus zur Neuen Falsch in Offenburg gegen Baarzahlung öffentlich versteigert, als:
 1 Spiegelstisch, 1 Kanapee, 1 Fauteuil und 8 Stühle mit Violoncell, 1 Consol mit Spiegel, 2 Kommode, 1 Regulator (Kasten) von Nussbaumholz, eingelegt mit geschmückten Figuren, 1 Regulator zum Hängen, 1 Schreibrisch von Nussbaumholz, mit Metall eingelegt, 1 Stabstisch mit Goldbram (Napheal, Leon de Binski), 1 ovaler Spiegel in Goldrahm, 1 Punschbowl mit 8 Gläsern von weißem mattem Glas, 6 silberne Gabeln, 3 silberne Löffel, 2 silberne Beleglöffel, 3 silberne Kaffeelöffel, 33 Tischmesser, 27 Messer, 7 Plumeauxanzüge, 1 Fedbett, 24 Handtücher, 26 Servietten, gebildet, 10 Servietten, Damast, und 3 Biquez-Bettüberzüge.
 Sämmtliche Gegenstände sind in sehr gutem Zustande.
 Offenburg, den 20. Januar 1870.
 Klett, Gerichtsvolksgelber.

R. 571. Karlsruhe.
Holzversteigerung.
 Aus Großh. Jasanerie werden versteigert,
 Dienstag den 25. d. M., früh 9 Uhr:
 30 Stämme Eichen, Holländer- und Nussholz,
 38 Forsten, Tannen u. Bau- und Nutzholz,
 10 tannene Sprieß u. Stangen;
 Mittwoch den 26. d. M., früh 9 Uhr:
 18 Kaster eichenes, buchenes und gemischtes Scheitholz,
 40 bergleichen Prügelholz,
 47 eichenes und forstenes Stodholz und
 3400 Stück gemischte Wellen.
 R. 532. Nr. 128. Triber g.

Schwarzwald-Bahnbau.
 Die Ausführung nachstehend verzeichneter Arbeiten behufs Herstellung zweier Bahnhofsgebäude beim unteren Portale des Loosbachtunnels, Signal 1955, Gemartung Gremmelbach, sowie beim oberen Portale des Grundwaldtunnels Signal 2505, Gemartung Rusbach, verzeihen wir im Wege schriftlichen Angebotes, und zwar:

	für jenes im Loosbach — beim Grundwald	für jenes im Rusbach — beim Grundwald
1) Grab-, Maurer- und Steinhauerarbeit, veranschlagt zu	1668 fl. 6 fr.	1982 fl. 6 fr.
2) Zimmerarbeit,	1416 fl. 47 fr.	1177 fl. 28 fr.
3) Schreinerarbeit,	262 fl. 51 fr.	230 fl. 30 fr.
4) Glaserarbeit,	154 fl. 39 fr.	130 fl. 19 fr.
5) Schlosserarbeit,	104 fl. 21 fr.	129 fl. 48 fr.
6) Blecharbeit,	74 fl. 42 fr.	78 fl. 7 fr.
7) Hafnerarbeit,	84 fl. — fr.	56 fl. — fr.
8) Anstreicherarbeit,	211 fl. 15 fr.	187 fl. 17 fr.
	3976 fl. 41 fr.	3971 fl. 35 fr.

Angebote können für Uebernahme sämmtlicher Arbeiten sowohl als auch für jede einzeln gemacht werden, und sind nach Prozenten der Voranlagensumme gestellt, bis
Dienstag den 1. Februar,
 Morgens 10 Uhr, auf dem Geschäftszimmer der unterfertigten Stelle vorzufrieden und versiegelt einzulegen, bis wohin auch Pläne, Vorschläge und Bedingungen daselbst zur Einsicht aufliegen.
 Bewerber um diese Arbeiten, welche der Inspektion unbekannt sind, haben sich durch Zeugnisse über Leistungsfähigkeit und den Besitz der erforderlichen Mittel auszuweisen.
 Triber g., den 18. Januar 1870.
 Großh. Eisenbahnbau-Inspektion,
 Graben Director.

Die Zusammenkunft ist am Jasanengartenhause im Innern Zirkel
 Karlsruhe, den 21. Januar 1870.
 Großh. Jasanerie-Verwaltung.

R. 577. Nr. 386. Bruchsal.
Versteigerungs-Aufkündigung.
 Die Schloßgebäude zu Rislau bei Langensbrücken, welche unten näher beschrieben sind, werden nebst den innerhalb der Einfriedigung gelegenen Wegen, Gärten und Anlagen und dem ehemaligen Schloßgarten höherem Auftrage zu Folge
 Dienstag den 8. März 1870,
 Vormittags 10 Uhr,
 einer öffentlichen Versteigerung zu Eigenthum ausgesetzt.
 Beschreibung der Verkaufsobjekte.
 Derselben bestehen:
 1) aus einem theils aus Bruchsteinen, theils aus Quaden erbauten Schloßgebäude mit drei Stockwerken, 92 1/2 Fuß lang und 104 Fuß breit, mit Flügelbauten von je 27 1/2 Fuß breit und 31 Fuß tief, unter welchen sich gewölbte Keller befinden; dasselbe hat einen großen Saal und viele heizbare Wohnräume in sich;
 2) aus einem zweistöckigen Küchengebäude, 77 Fuß lang und 36 Fuß tief, nebst Anbau mit gewölbter Waschküche;
 3) aus einem weiteren zweistöckigen Gebäude, dem sog. Krankenhause, 36 1/2 Fuß lang und 34 Fuß tief;
 4) aus dem sog. Cavalierbau, 250 Fuß lang und 38 Fuß tief, zweistöckig, mit wohnbaren Räumlchen und mit gewölbten Kellern versehen;
 5) aus den auf beiden Seiten dieses Cavalierbaues hinzugehenden Dekonomiegebäuden, von welchen das eine Gebäude eine Länge von 142 Fuß und eine Tiefe von 24 Fuß, und das andere eine Länge von 70 Fuß und eine Tiefe von 35 Fuß hat.
 Diese Gebäude sind meist zu Stallungen und Magazinen eingerichtet und besitzen ebenfalls gewölbte Kellerräume;
 6) aus einem Geflügelhaus, Waschlüdenbau und aus Schweineställen, welche innerhalb des durch den Cavalierbau und die Dekonomiegebäude umschlossenen Hofraumes errichtet sind;
 7) aus einem zweistöckigen Dienergebäude, gegen 140 Fuß lang und 23 Fuß tief, in welchem mehrere kleinere Wohnungen eingerichtet sind;
 8) aus einem dem Cavalierbau gegenüberliegenden einstöckigen Gebäude von 236 Fuß Länge und 42 Fuß Tiefe mit 2 Flügelbauten versehen, von welchen der eine 62 Fuß lang und 31 Fuß tief, der andere 110 Fuß lang und 36 Fuß tief ist. Diese Gebäulichkeiten dienen zu Arbeitsstätten, Remisen, Vorrathsräumen u. s. w.
 In dem einen Theil des Flügels ist noch eine kleine Wohnung eingerichtet;
 9) aus einem Thorbau, zweistöckig, mit gewölbten Kellerräumen, ebenfalls zu Wohnungen. Der vordere Theil ist 54 Fuß lang und 22 1/2 Fuß tief, der hintere Theil 35 Fuß lang und 18 Fuß tief.
 Diese Gebäude, von welchen die unter Ziffer 2 — 9 aufgeführten aus Bruchsteinen erbaut sind, befinden sich meist in gutem baulichen Zustande, und sind in der Nähe der von Heidelberg nach Bruchsal ziehenden Eisenbahn, einen Viertel Stunde von der Station Langensbrücken, gelegen. Der Platz, auf welchem dieselben errichtet sind, hat eine längliche Form und ist von allen Seiten von einem vortheilhaftesten Terrain umgeben, dessen Norden- und Innenseiten mit Mauern versehen sind. An der Nordseite steht die Kirchbach vorüber.
 Vom Thorbau zieht in gerader Richtung ein breiter Weg zu dem am südlichen Ende des Flügels gelegenen Schloßgebäude; zu beiden Seiten dieses Weges sind die anderen Gebäulichkeiten angeordnet, hinter welchen sich Anlagen und Gärten befinden.
 Im Hofe befinden sich zwei laufende Brunnen, von welchen der eine das Trinkwasser mittelst einer ausguß-eisernen Dichtung bestehenden Leitung aus zwei Quellen liefert. Außerdem ist ein Pumpbrunnen in der Nähe des Küchengebäudes vorhanden.
 Der Flügelausgang des ganzen Baues, auf welchem die Schloßgebäude errichtet sind, einschließlich des denselben umschließenden Grabens beträgt 7 Morgen 2 Ruthen 23 Fuß. Außerhalb der Mauer, welche den Schloßgarten umschließt, zieht sich ein Gelände hin, der frühere Schloßgarten, welches jetzt als Ackerfeld benützt wird, und einen Maßgehalt von 11 Morgen 62 Ruthen hat, nebst einem weiteren, früher als Garten verwendeten Gelände von 3 Viertel 11 Ruthen.
 Eine ausführliche Beschreibung der Gebäulichkeiten, mit welcher eine Abschätzung des Bauwertes verbunden ist, liegt nebst den Steigerungsbedingungen auf unserem Bureau zur Einsicht der Steigerungsliebhaber offen.
 Zum Gebote werden nur solche Steigerungsliebhaber zugelassen, welche mit gehörig beglaubigten Vermögenszeugnissen versehen sind.
 Die Steigerungsoverhandlung findet im Schlosse Rislau selbst statt.
 Bruchsal, den 20. Januar 1870.
 Großh. Domänenverwaltung.
 Schmebter.

Versteigerung.
 Die Zusammenkunft ist am Jasanengartenhause im Innern Zirkel
 Karlsruhe, den 21. Januar 1870.
 Großh. Jasanerie-Verwaltung.

Versteigerung.
 Die Zusammenkunft ist am Jasanengartenhause im Innern Zirkel
 Karlsruhe, den 21. Januar 1870.
 Großh. Jasanerie-Verwaltung.

Versteigerung.
 Die Zusammenkunft ist am Jasanengartenhause im Innern Zirkel
 Karlsruhe, den 21. Januar 1870.
 Großh. Jasanerie-Verwaltung.

Versteigerung.
 Die Zusammenkunft ist am Jasanengartenhause im Innern Zirkel
 Karlsruhe, den 21. Januar 1870.
 Großh. Jasanerie-Verwaltung.

Versteigerung.
 Die Zusammenkunft ist am Jasanengartenhause im Innern Zirkel
 Karlsruhe, den 21. Januar 1870.
 Großh. Jasanerie-Verwaltung.

Versteigerung.
 Die Zusammenkunft ist am Jasanengartenhause im Innern Zirkel
 Karlsruhe, den 21. Januar 1870.
 Großh. Jasanerie-Verwaltung.

Versteigerung.
 Die Zusammenkunft ist am Jasanengartenhause im Innern Zirkel
 Karlsruhe, den 21. Januar 1870.
 Großh. Jasanerie-Verwaltung.

Versteigerung.
 Die Zusammenkunft ist am Jasanengartenhause im Innern Zirkel
 Karlsruhe, den 21. Januar 1870.
 Großh. Jasanerie-Verwaltung.

Versteigerung.
 Die Zusammenkunft ist am Jasanengartenhause im Innern Zirkel
 Karlsruhe, den 21. Januar 1870.
 Großh. Jasanerie-Verwaltung.

Versteigerung.
 Die Zusammenkunft ist am Jasanengartenhause im Innern Zirkel
 Karlsruhe, den 21. Januar 1870.
 Großh. Jasanerie-Verwaltung.

Versteigerung.
 Die Zusammenkunft ist am Jasanengartenhause im Innern Zirkel
 Karlsruhe, den 21. Januar 1870.
 Großh. Jasanerie-Verwaltung.

Versteigerung.
 Die Zusammenkunft ist am Jasanengartenhause im Innern Zirkel
 Karlsruhe, den 21. Januar 1870.
 Großh. Jasanerie-Verwaltung.